

Drucksache Nr. 07/2022

Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses der Regionalversammlung Nordhessen am 20.05.2022, 10.30 Uhr, im Haus der Kirche in Kassel

Anwesenheit: - siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- 1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses am 17.12.2021**
 - Drucksache 34/2021 –
- 2. Beschlüsse**
 - 2.1 Neuaufstellung des Regionalplans Nordhessen**
 - 2.1.1 Kapitel 5.2.3 Solarenergie**
 - Drucksache 04/2022 –
 - 2.1.2 Anhörung: Änderung des Hessischen Energiegesetzes (HEG) hier: Stellungnahme der RV Nordhessen**
 - Drucksache 05/2022 –
- 3. Mitteilungen**
- 4. Verschiedenes**

Herr Vorsitzender Fehr eröffnet um 10.30 Uhr die Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses (HPA) und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den Regierungspräsidenten, Herrn Weinmeister, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Danach stellt er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Gegen seine Feststellungen erheben sich keine Einwendungen; Änderungen zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

**Zu Punkt 1 der Tagesordnung:
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 17.12.2021**

-Drucksache 34/2021-

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses am 17.12.2021 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Beschluss

2.1 Neuaufstellung Regionalplan Nordhessen

2.1.1 Kapitel 5.2.3 Solarenergie

- Drucksache 04/2022 -

Herr Vorsitzender Fehr ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt zu diesem auch Frau Potthoff von der Oberen Landesplanungsbehörde.

Frau Potthoff berichtet, dass der Inhalt der Drucksache bereits Gegenstand der Sitzung des Arbeitskreises Neuaufstellung Regionalplan Nordhessen gewesen sei und mittlerweile auch ein sog. „Osterpaket“ von Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck vorläge, welches sich u.a. auch mit dieser Thematik auseinandersetze. Anhand der Drucksache 04/2022 erläutert Sie anschließend den Grundsatz 1 sowie die Ziele 1- 6 des neuen Kapitels 5.2.3 Solarenergie. Sie weist darauf hin, dass dies der Stand nach der aktuellen Rechtslage sei, sollten sich Änderungen auf Bundesebene ergeben, müsse das Kapitel natürlich entsprechend angepasst werden.

Herr Woide (CDU) argumentiert, dass es Ziel sein müsse, Photovoltaik zu fördern. Er geht aber auch davon aus, dass seitens des Bundes zu dieser Thematik noch Vorgaben und Änderungen zu erwarten seien. In diesem Zusammenhang dürfe man aber auch das Thema Lebensmittelsicherheit nicht aus den Augen verlieren.

Herr Heßler (SPD) meint, dass „landwirtschaftliche Flächen“ seit dem 24.02.2022, dem Überfall Russlands auf die Ukraine, einen ganz anderen Stellenwert hätten, als vorher. Er geht auch davon aus, dass sich in den nächsten Wochen und Monaten in der Thematik noch einiges ändern werde. Er hält die Vorlage zum Kapitel Solarenergie aber für ein gutes Arbeitspapier.

Herr Weinmeister führt aus, dass die Einbeziehung der Landwirtschaft nur ein erster Schritt sei. Er ist sich aber auch sicher, dass man zukünftig noch viel radikaler vorgehen müsse, um die angestrebten Ziel zu erreichen. Er weist in dem Zusammenhang auch auf eine Info-Veranstaltung zum Thema Freiflächen-Photovoltaik hin, die am 19.07.2022 in der Stadthalle Baunatal stattfindet.

Frau Dr. Mlasowsky (FWG) weist daraufhin, dass auch über die Speichermöglichkeiten nachgedacht werden müsse und über die Frage, wie kriegen wir den produzierten Strom transportiert.

Frau Selzer (Bündnis 90/Die Grünen) bittet zunächst darum, über die drei Änderungsanträge ihrer Fraktion zu sprechen.

Herr Vorsitzender Fehr stellt zur Diskussion, ob die Drucksache sowie die drei Änderungsanträge von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lediglich als Arbeitsgrundlage für die weiteren Beratungen angesehen werden sollten.

Herr Weinmeister würde gerne den Standpunkt der Mitglieder des Ausschusses zu den Änderungsanträgen erfahren, vor allem auch im Hinblick auf die bereits angesprochene Veranstaltung am 19.07.2022, bei der der Standpunkt der Regionalversammlung, vielleicht auch zu den Inhalten der Änderungsanträge, vertreten und auch nach außen kommuniziert werden müsse.

Frau Linnenweber plädiert dafür, heute einen Beschluss zu fassen. Sollten sich die Rahmenbedingungen dann ändern, müsse man entsprechend darauf reagieren.

Herr Woide (CDU) weist darauf hin, dass wir im Regierungsbezirk nach Berlin schauen müssen, aber Berlin sicherlich nicht nach NordOstHessen schaue.

Frau Potthoff weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass das Kapitel Solarenergie immer der aktuellen Entwicklung angepasst werde! Sollte es neue Regelungen geben, werden diese bis zum endgültigen Beschluss durch die Regionalversammlung entsprechend aufbereitet.

Herr Heßler (SPD) ist auch dafür, die Vorlage heute, Stand 20.05.2022, zu beschließen.

Herr Vorsitzender Fehr stellt die Frage, wie mit den Änderungsanträgen von Bündnis 90/Die Grünen umgegangen werden soll.

Herr Woide (CDU) würde die Änderungsanträge von Bündnis 90/Die Grünen schieben und die Vorlage mit in die weitere Beratung nehmen.

Herr Heßler (SPD) plädiert dafür, die Vorlage so zu belassen, wie sie ist, und mit dieser als Basis weiterarbeiten.

Herr Biehler (Bündnis 90/Die Grünen) fordert die Mitglieder auf, Position zu beziehen und heute eine Entscheidung zu treffen.

Frau Potthoff macht ergänzende Ausführungen zum ersten Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen. **Die Fraktionsvorsitzende, Frau Selzer**, zieht daraufhin den ersten Änderungsantrag zurück.

Frau Selzer (Bündnis 90/Die Grünen) stellt anschließend die beiden anderen Änderungsanträge vor. Nach kurzer Diskussion zieht sie auch den zweiten Änderungsantrag zurück. Über den dritten Antrag, bittet sie aber abzustimmen.

Herr Vorsitzender Fehr macht den Vorschlag die Vorlage der Verwaltung zum Kapitel Solarenergie als Arbeitspapier für die weitere Vorgehensweise zu beschließen.

Herr Schaumburg (CDU) plädiert dafür, den dritten Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen als Diskussionsgrundlage für die weitere Arbeit zu berücksichtigen.

Herr Woide (CDU) spricht sich auch dafür aus, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen, und sich nicht jetzt schon mit Detailfragen auseinanderzusetzen.

Herr Vorsitzender Fehr lässt sodann über die Drucksache 04/2022 abstimmen, mit der als Grundsatzpapier weitergearbeitet werden soll. Der dritte Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll als Arbeitsmaterial bei der zukünftigen Beratung berücksichtigt werden:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein - Stimmen	Enthaltungen
17	0	0

Zusatz:

Erst nach der Sitzung ging eine E-Mail seitens der ONB zur geplanten Ergänzung des Ziel 4 ein, in der sie folgende Gründe aufführte, wieso keine Untergrenze bei einer Ertragsmesszahl (EMZ) von < 20 in das Ziel aufgenommen werden sollte:

- Eine GIS-basierte Auswertung ergab eine durchschnittliche EMZ von 35 für den Lebensraumtyp (LRT) 6510 „Magere Flachland Mähwiese“. Hierbei handelt es sich um den häufigsten Grünland-LRT in Nordhessen. Durch die Beschränkung der Flächenkulisse für Freiflächen-Photovoltaik (FF-PV) auf Ertragsmesszahlen zwischen 20 – 45 würde der Planungsdruck auf diese Flächen sehr hoch werden.
- Die mageren Grünlandstandorte mit einer EMZ unter 20 wären aufgrund ihrer Topografie ohnehin häufig nicht geeignet als FF-PV Standort. Zudem wären trockene flachgründige Hochebenen mit einer EMZ unter 20, welche durchaus ein geeigneter FF-PV Standort sein könnten, durch die Untergrenze von 20 per se ausgeschlossen

Die Verwaltung regt daher an, auf die Festlegung einer Untergrenze der Ertragsmesszahl (EMZ) im Ziel 4 zu verzichten!

2.2 Anhörung: Änderung des Hessischen Energiegesetzes (HEG) Hier: Stellungnahme der Regionalversammlung Nordhessen

- Drucksache 05/2022 –

Herr Weinmeister erläutert kurz den Entwurf der Verwaltung.

Herr Biehler (Bündnis90/Die Grünen), und Herr Schaumburg (CDU) stimmen im Namen ihrer Fraktionen der Vorlage der Verwaltung zu. Herr Heßler (SPD) schließt sich für die SPD-Fraktion an und teilt gleichzeitig mit, dass das Präsidium in der vorherigen Sitzung ebenfalls eine gleichlautende Empfehlung abgegeben habe.

Herr Vorsitzender Fehr lässt sodann über die DS05/2022, abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein - Stimmen	Enthaltungen
17	0	0

Zu Punkt 3 der Tagesordnung Mitteilungen

Herr Vorsitzender Fehr berichtet, dass das Präsidium, auf Initiative der Verwaltung, beschlossen habe, zusätzliche Sitzungen des Haupt- und Planungsausschusses anzuberaumen, um das Ziel, Beschluss für die erste Offenlage des neuen Regionalplans Nordhessen noch im Jahre 2022, zu erreichen. Die entsprechenden Terminvorschläge teilt er dem Ausschuss mit.

Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich anschließend auf die nachfolgenden Sitzungstermine, die zusätzlich zu den bereits festgelegten, stattfinden sollen:

11.07.2022	anstatt RV – HPA
21.10.2022	HPA
07.11.2022	HPA
20.12.2022	HPA (Beschluss erste Offenlegung)
30.01.2023	RV (Beschluss erste Offenlegung)

Sitzungsbeginn soll jeweils um 09.00 Uhr sein!

Zu Punkt 4 der Tagesordnung Verschiedenes

Frau Potthoff teilt mit, dass sie von dem in ihrem Vortrag angesprochenen „Osterpaket“ eine Synopse stellt habe. Deren Inhalt stellt sie den Mitgliedern des Ausschusses kurz vor. Die Synopse wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Schaumburg (CDU) fragt nach, ob es die Möglichkeit gäbe, landkreisweise Listen zu erstellen, die nur die Flächen mit einer geringen Ertragsmesszahl (EMZ) aufweisen sollten, und wenn ja, die entsprechenden Listen den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung zu stellen. **Frau Potthoff** sagt zu, die entsprechenden Listen zu fertigen und den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **der Vorsitzende** um 12.10 Uhr die Sitzung.

gez. Manfred Fehr
(Vorsitzender)



Horst Wenzel
(Schriftführer)

Anwesenheitsliste

Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses am 20.05.20

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 12:10

Ifd. Nr.	Name, Vorname Mitglied	Wohnort	Fahrtkosten			Verdienstausfall
			öffentl. Verkehrsmittel EUR	Parkgebühr	PKW km	
1	Becker, Winfried	Guxhagen				
2	Biehler, Ulrich	Neu-Eichenberg			54	
3	Clar, Jörg	Hofbieber			230	
4	Fehr, Manfred	Rotenburg a.d. Fulda	-	-	-	
5	Habel, Anna-Lena	Wolfhagen	-		54	n
6	Heinemann, Dr. Uwe	Großalmerode	3,-€		78	
7	Heßler, Bernd	Borken.			siehe Pres.	
8	Hofmann, Markus	Flieden			262	
9	Holtermann, Selina	Kassel				
10	Kalb, Dominique	Kassel				
	OTTO, Reinhard	Schwarzenstadt	2. Sitzung			
11	Kothe, Lothar	Malsfeld				
	Mlasowsky, Bernd					
12	Lang, Mario	Kassel				
13	Roß, Arnim	Kaufungen	/		/	/
14	Schaumburg, Erich	Niestetal	2. Sitzung		/	ja
15	Schröder, Bettina	Ahnatal				
16	Stolz, Heiko	Fulda			130	
17	Vollbracht, Jürgen	Waldeck			96	
18	Wilke, Leonie	Willingen	/		148	/
19	Woide, Bernd	Fulda				

Arbeitsmaterial

Solarkapitel

Änderungsantrag:

Die Einfügung in Ziel 4:

„Aus naturschutzfachlichen Gründen sind vor allem magere Standorte mit einer EMZ von kleiner/gleich XX nicht für den Bau von PV-Anlagen geeignet/zulässig.“

ist zu streichen.

Ebenso die Einfügung auf S. 6: „Zum Schutz insbesondere magerer Grünlandstandorte...“.

Begründung:

Die EMZ ist als Grundlage für die Einschätzung der vorhandenen Artenvielfalt einer Fläche nicht geeignet. Zwar haben sehr magere Böden das Potenzial für eine besonders hohe Artenvielfalt, doch ist dies stark von der Art der Bewirtschaftung abhängig. Oftmals sind diese Flächen als Teil unserer Kulturlandschaft überhaupt erst durch menschliche Einflussnahme entstanden, können nun aber nicht mehr in der traditionellen Weise, z. B. durch extensive Beweidung, gepflegt werden und verbuschen, wodurch der Lebensraum stark verändert wird.

Der Bau einer Solaranlage auf solchen Flächen kann daher sogar eine positive Auswirkung auf die Artenvielfalt haben, sofern konkrete Artenschutzmaßnahmen in der Bauleitplanung vorgegeben werden (siehe Handlungsleitfaden Freiflächensolaranlagen des Landes Baden-Württemberg, S. 40 ff). Hierdurch entstehen gerade auf mageren Standorten wertvolle Biotope, die sogar in ein übergeordnetes Verbundsystem integriert werden können.

Flächen, die bereits eine hohe Artenvielfalt und insbesondere schützenswerte Arten aufweisen, sind im Allgemeinen bereits besonders gekennzeichnet und geschützt.

Unbekannte Vorkommen werden im Planungsprozess im Zuge der E+A-Maßnahmen erfasst und es kann bei der Planung in entsprechender Weise darauf reagiert werden.

Kritisch zu betrachten ist lediglich die Bauphase. Dafür gibt es verschiedene technische Möglichkeiten, flächenschonend zu bauen: segmentierte Bauweise, kurzzeitige Abdeckung mit Matten gegen Verdichtung, Einhaltung zeitliche Baukorridore etc. Rammfundamente statt Beton sind sowieso schon Stand der Technik.

Wenn diese nachgewiesen werden können, sollte die Bebauung dort zulässig sein.

Der Hinweis, dass im Bundesgesetz Grünlandflächen nicht mehr für die Bebauung mit Solarparks vorgesehen sind, bezieht sich lediglich auf die Fördergesetzgebung. Diese spielt bereits jetzt keine große Rolle mehr bei den Projektplanungen, weil die Marktpreise im Allgemeinen schon jetzt über den Einspeisevergütungssätzen liegen.

„Osterpaket“



Berlin, 06.04.2022

Überblickspapier Osterpaket

*„Wir machen es zu unserer gemeinsamen Mission,
den Ausbau der Erneuerbaren Energien drastisch zu beschleunigen
und alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg zu räumen.“*

(Koalitionsvertrag, Zeilen 1801-1802)

Etwas mehr als 100 Tage nach dem Start der neuen Bundesregierung legt das BMWK dem Bundeskabinett am 6. April 2022 im Rahmen des Energiesofortmaßnahmenpakets („Osterpaket“) ein umfangreiches Gesetzespaket von insgesamt mehr als 500 Seiten vor, mit dem viele energiepolitische Inhalte des Koalitionsvertrags umgesetzt werden. Dafür gibt es eine doppelte Dringlichkeit: Zum einen spitzt sich die Klimakrise zu. Zum anderen zeigt der völkerrechtswidrige Einmarsch Russlands in die Ukraine, wie wichtig es ist, aus den fossilen Energien auszusteigen und den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben. Die erneuerbaren Energien sind spätestens jetzt zu einer Frage der nationalen Sicherheit geworden. Beim Osterpaket handelt sich um die größte energiepolitische Novelle seit Jahrzehnten. Mit ihm wird der Ausbau der erneuerbaren Energien umfassend beschleunigt, zu Wasser, zu Land und auf dem Dach.

Welche Gesetze werden angepasst?

- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG),
- das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG),
- das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG),
- das Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG),
- das Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) und
- weitere Gesetze und Verordnungen im Energierecht.

Welche Maßnahmen werden ergriffen?

- Es wird als Herzstück des Pakets der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien an Land und auf See wird auf ein völlig neues Niveau gehoben, damit die Stromversorgung in Deutschland bereits 2035 nahezu vollständig auf erneuerbaren Energien beruht.
- Es wird ein umfangreiches Bündel an Maßnahmen ergriffen, um den Erneuerbaren Ausbau voranzutreiben. So werden beispielsweise
 - neue Flächen für den Ausbau der Photovoltaik bereitgestellt,
 - die Beteiligung der Kommunen bei Wind an Land und Photovoltaik ausgeweitet,
 - windschwache Standorte verstärkt erschlossen und
 - die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Photovoltaikdachanlagen verbessert.

- Der Ausbau der Windenergie auf See wird zukünftig auf zwei gleichberechtigte Säulen gestellt. Neben der Ausschreibung von bereits voruntersuchten Flächen werden zukünftig auch bisher nicht voruntersuchte Flächen ausgeschrieben.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze wird beschleunigt, indem Hemmnisse abgebaut und Planungs- und Genehmigungsverfahren verschlankt werden.
- Der Bundesbedarfsplan für den Ausbau der Übertragungsnetze wird aktualisiert und es werden neue Projekte aufgenommen, damit die Netze mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien Schritt halten können.
- Mit der Abschaffung der EEG-Umlage werden zugleich die Regelungen für den Eigenverbrauch und die Privilegierung der Industrie enorm vereinfacht und ein großer Beitrag zur Entbürokratisierung des Energierechts geleistet.
- Es werden die Rechte der Endkunden und die Aufsichtsmöglichkeiten der Bundesnetzagentur über Energielieferanten gestärkt, um die Strom- und Gasverbraucher zukünftig noch besser zu schützen.
- 2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen.

Zu den drei übergreifenden Gesetzentwürfen im Einzelnen:

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

1. Anhebung des Ausbauziels für 2030 auf 80 Prozent

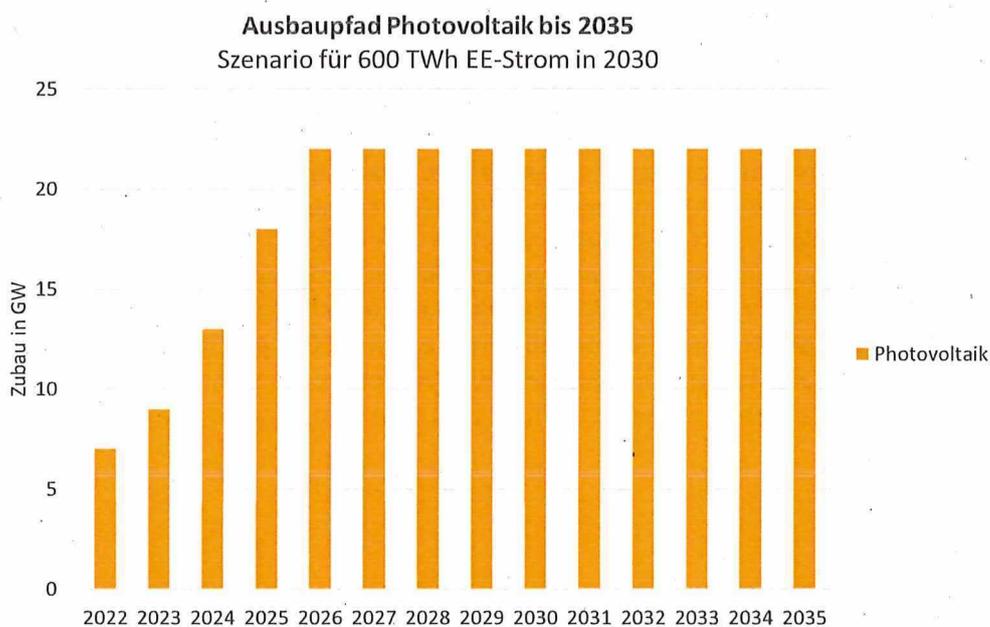
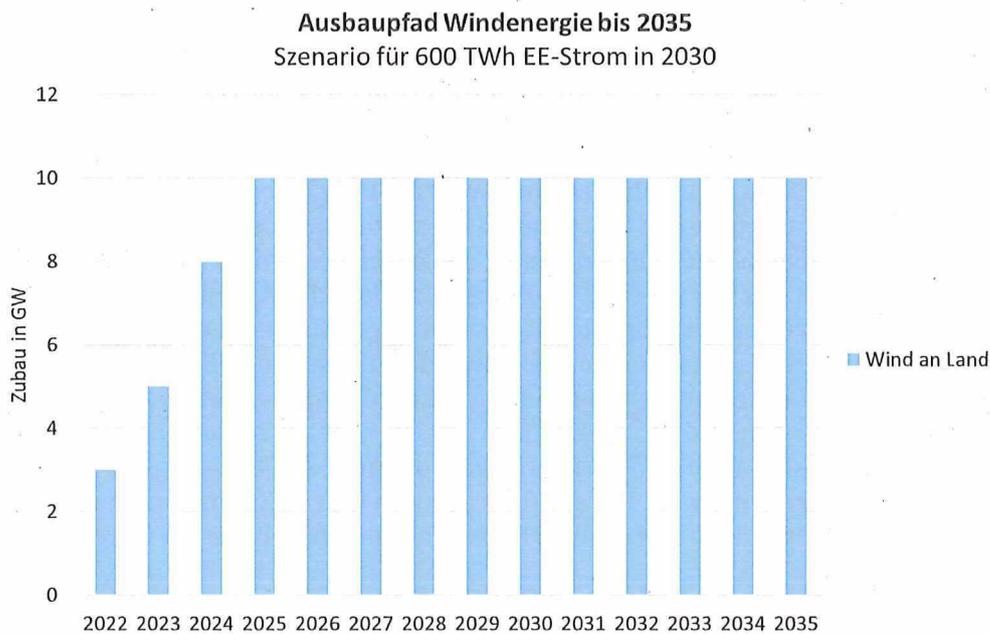
Das Ausbauziel für 2030 wird angehoben, und zwar auf mindestens 80 Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs. Das neue 80 Prozent-Ziel bedeutet eine massive Beschleunigung des EE-Ausbaus. Zum einen lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch 2021 erst bei ca. 42 Prozent, so dass der Anteil innerhalb von weniger als einem Jahrzehnt fast verdoppelt werden muss. Zum anderen wird der Stromverbrauch parallel dazu ansteigen, u.a. durch die zunehmende Elektrifizierung von Industrieprozessen, Wärme und Verkehr (Sektorenkopplung). Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien und der Elektrifizierung bewirkt die schnellere Reduzierung des Importbedarfs fossiler Energien und verringert dadurch die Abhängigkeit insbesondere von Erdgasimporten. Daraus folgt, dass im Jahr 2030 insgesamt rund 600 TWh Strom in Deutschland aus erneuerbaren Energien bereitgestellt werden sollen.

2. Vorrang für erneuerbare Energien

Zur Beschleunigung des Ausbaus in allen Rechtsbereichen wird im EEG der Grundsatz verankert, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit dient. Damit sollen die erneuerbaren Energien bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden.

3. Anpassung der Ausschreibungsmengen an das neue Ausbauziel für 2030

Um das neue Ausbauziel von 80 Prozent für 2030 zu erreichen, werden die Ausbaupfade deutlich angehoben. Bei der Windenergie an Land werden die Ausbauraten auf ein Niveau von 10 GW pro Jahr gesteigert, so dass im Jahr 2030 Windenergieanlagen an Land im Umfang von insgesamt rund 115 GW in Deutschland installiert sein sollen. Bei der Solarenergie werden die Ausbauraten auf ein Niveau von 22 GW pro Jahr gesteigert, so dass im Jahr 2030 Solaranlagen (Dachanlagen, Freiflächenanlagen, besondere Solaranlagen) im Umfang von insgesamt rund 215 GW in Deutschland installiert sein sollen.



4. Strom soll 2035 nahezu vollständig aus Erneuerbaren Energien stammen
2035 soll der Strom in Deutschland nahezu vollständig aus erneuerbaren Energien stammen und die Stromversorgung damit weitestgehend unabhängig von fossilen Energieimporten werden.

5. Großes Bündel an Einzelmaßnahmen für die PV

Die Rahmenbedingungen für die Solarenergie werden durch ein großes Bündel an Einzelmaßnahmen für die verschiedenen Anlagentypen verbessert:

- Der Ausbaupfad, die PV-Ausbauziele und Ausschreibungsvolumina werden angepasst und der Ausbau hälftig auf Dach- und Freiflächen verteilt.

- Bei Dachanlagen außerhalb der Ausschreibungen wird insbesondere die Vergütung für Anlagen deutlich angehoben. Neue Anlagen, die ihren Strom vollständig in das Netz einspeisen, erhalten künftig eine auskömmliche Förderung. Anlagen, bei denen die Betreiber und Betreiberinnen den Strom auch teilweise selbst verbrauchen, erhalten wegen der wirtschaftlichen Vorteile des Eigenverbrauchs eine geringere Förderung als die Anlagen mit Volleinspeisung. Die neuen Vergütungssätze sollen vorbehaltlich ihrer beihilferechtlichen Genehmigung bereits vorgezogen im Laufe des Jahres 2022 anwendbar sein, um zwischenzeitlichen Attentismus zu vermeiden. Darüber hinaus wird die Degression der gesetzlich festgelegten Vergütungssätze bis Anfang 2024 ausgesetzt und dann auf eine halbjährliche Degression umgestellt.
- Bei Freiflächenanlagen wird die Flächenkulisse unter Berücksichtigung landwirtschaftlicher und naturschutzverträglicher Aspekte maßvoll erweitert. Neben den bisherigen Flächenkategorien wie Konversionsflächen und Seitenrandstreifen sowie den erweiterten benachteiligten Gebieten kommen Agri-PV, Floating-PV und Moor-PV neu hinzu.
- Die letztgenannten Kategorien werden in die reguläre PV-Freiflächenausschreibung überführt. Bestimmte Agri-PV-Anlagen sowie Moor-PV-Anlagen erhalten aufgrund ihrer höheren Kosten einen Bonus in den Ausschreibungen, um wettbewerbsfähig zu sein.

6. Flankierung des beschleunigten Ausbaus der Windenergie an Land

Die wesentlichen Hemmnisse bei Wind an Land können nicht im EEG selbst gelöst werden, (z.B. zu geringe Flächenausweisungen); sie werden durch ein gesondertes Gesetzespaket abgebaut, das in einem zweiten Schritt später im Kabinett beschlossen werden soll („Sommerpaket“).

Zur Flankierung dieser Maßnahmen enthält das EEG 2023 aber bereits wichtige Detailänderungen. So werden unter anderem die Degression des Höchstwerts für zwei Jahre ausgesetzt, das Referenzertragsmodell für windschwache Standorte verbessert und die Größenbegrenzung für Pilotwindenergieanlagen aufgehoben.

7. Fokussierung der Biomassenutzung auf hochflexible Spitzenlastkraftwerke

Die Förderung der Biomasse wird stärker auf hochflexible Spitzenlastkraftwerke fokussiert, damit die Bioenergie ihre Stärke als speicherbarer Energieträger zunehmend systemdienlich ausspielen kann. Die Ausschreibungsmengen für Biomasse werden stufenweise reduziert und die für Biomethan ab 2023 auf 600 MW pro Jahr erhöht. Biomethan darf künftig nur noch in hochflexiblen Kraftwerken eingesetzt werden. Außerdem soll die begrenzte Ressource Biomasse künftig verstärkt in schwer zu dekarbonisierenden Bereichen wie Verkehr und Industrie eingesetzt werden.

8. Stärkung der Bürgerenergie

Im Interesse der Akteursvielfalt, der Akzeptanz vor Ort und des Bürokratieabbaus werden Wind- und Solarprojekte von Bürgerenergiegesellschaften von den Ausschreibungen ausgenommen. Bürgerenergieprojekte können demnach künftig auch realisiert werden, ohne dass sie zuvor an einer Ausschreibung teilnehmen müssen. Dies ist aufgrund der Vorgaben der Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien der Europäischen Kommission auf Windprojekte bis 18 MW und Solarprojekte bis 6 MW begrenzt.

9. Weiterentwicklung der finanziellen Beteiligung der Kommunen

Die finanzielle Beteiligung der Kommunen wird im Lichte der ersten Erfahrungen maßvoll überarbeitet und mit dem Ziel einer weiteren Stärkung der Akzeptanz vor Ort

weiterentwickelt. Insbesondere wird die finanzielle Beteiligung auch bei Windenergieanlagen an Land in der sonstigen Direktvermarktung ermöglicht. Auch bestehende Windenergieanlagen an Land und Freiflächenanlagen können künftig die Kommunen finanziell beteiligen; ihre Kosten werden in derselben Weise wie bei Neuanlagen erstattet. Im Interesse des Naturschutzes können die Kommunen schließlich bei (geförderten und ungeförderten) Freiflächenanlagen naturschutzfachliche Vorgaben machen.

10. Weiterentwicklung der Förderungen für Innovationen und Speicher

Die Innovationsausschreibungen werden fortgeführt, aber von der bisherigen fixen auf die gleitende Marktprämie umgestellt, da sich die fixe Marktprämie nicht bewährt hat. Zudem soll ein neues Ausschreibungssegment eingeführt werden: Um die fluktuierende Erzeugung aus erneuerbaren Energien zu verstetigen und die Speicherung in Wasserstoff und Rückverstromung in der Praxis zu erproben, sollen innovative Konzepte erneuerbarer Energien mit lokaler wasserstoffbasierter Stromspeicherung gefördert und dadurch der Markthochlauf der Wasserstofftechnologie befördert werden. Dazu werden Anlagenkombinationen gefördert, bei denen Erneuerbare-Energien-Anlagen als Energielieferant um einen lokalen chemischen Stromspeicher mit Wasserstoff als Speichergas ergänzt werden. Das neue EEG enthält hierfür zunächst eine Verordnungsermächtigung; die entsprechende Verordnung soll noch im Jahr 2022 erlassen werden. Zugleich werden neue Biomethan- und neue KWK-Anlagen auf Wasserstoff ausgerichtet werden („H₂-ready“).

11. Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch eine Finanzierung des EEG über den Bundeshaushalt

Der Finanzierungsbedarf für die erneuerbaren Energien wird künftig über das Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ gedeckt und die EEG-Förderung über den Strompreis beendet. Hierdurch werden die Stromverbraucher entlastet und zugleich die Sektorenkopplung gestärkt. Rechtstechnisch wird dies durch entsprechend hohe Bundeszuschüsse auf das EEG-Konto der Übertragungsnetzbetreiber umgesetzt. Damit wird die mit dem von der Bundesregierung am 9. März 2022 beschlossenen Gesetzentwurf für das zweite Halbjahr 2022 vorgesehene Absenkung der EEG-Umlage auf null fortgeführt und entfristet.

12. Verbesserte Neuregelung der Erhebung der Energie-Umlagen

In diesem Zusammenhang wird die Wälzung weiterer Umlagen im Stromsektor vereinheitlicht und in ein neues Energie-Umlagen-Gesetz (EnUG) überführt. Die KWKG-Umlage und die Offshore-Netzumlage werden weiterhin nur für die Entnahme von Strom aus dem öffentlichen Netz erhoben. Infolge dessen fallen künftig keine Umlagen mehr auf Eigenverbräuche und Direktbelieferungen hinter dem Netzverknüpfungspunkt an. Hierdurch wird in erheblichem Umfang Bürokratie abgebaut und zugleich die Eigenversorgung deutlich attraktiver. Außerdem sollen im Interesse der Sektorenkopplung Wärmepumpen von den Umlagen ausgenommen werden.

13. Zukunftsfeste Grundlage für die Besondere Ausgleichsregelung

Infolge der Finanzierung der EEG-Förderung durch den Bund wird die Besondere Ausgleichsregelung für den Bereich des EEG nicht mehr benötigt. Da die Besondere Ausgleichsregelung die Industrie aber auch bei anderen Umlagen entlastet (KWKG-Umlage, Offshore-Netzumlage), muss sie auf eine neue Grundlage gestellt werden. Außerdem fordern die neuen Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien der Europäischen Kommission eine

Überarbeitung der Besonderen Ausgleichsregelung. Vor diesem Hintergrund wird die Besondere Ausgleichsregelung in das Energie-Umlagen-Gesetz (EnUG) überführt und deutlich entbürokratisiert. Dies schafft gerade für die Industrie eine verlässliche und planbare Rechtsgrundlage.

Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG)

1. Deutliche Erhöhung der Ausbauziele und der Ausschreibungsmengen

Die Ausbauziele für Windenergie auf See werden auf Basis der Koalitionsvereinbarungen auf mindestens 30 Gigawatt bis zum Jahr 2030, mindestens 40 Gigawatt bis zum Jahr 2035 und mindestens 70 Gigawatt bis zum Jahr 2045 erheblich gesteigert. Zugleich werden die Ausschreibungsmengen angehoben und das WindSeeG grundlegend überarbeitet, um diesen stark beschleunigten Ausbau umzusetzen.

2. Förderung über Differenzverträge (CfD) bei voruntersuchten Flächen

Für zentral voruntersuchte Flächen erfolgt der Zuschlag zukünftig in der Ausschreibung an den Bieter mit dem geringsten anzulegenden Wert für einen Differenzvertrag (Contract for Difference, CfD) mit zwanzigjähriger Laufzeit. Differenzverträge senken die Finanzierungskosten der Windparks und schöpfen gleichzeitig Überrenditen der Betreiber in Zeiten hoher Marktpreise ab. Die Einnahmen fließen auf das EEG-Konto und entlasten den Haushalt. Nur in Zeiten sehr niedriger Marktpreise wird eine Förderung ausgezahlt. Damit wird der Offshore-Ausbau absehbar ohne Förderung erfolgen können.

3. Neue Ausschreibungen bei nicht-voruntersuchten Flächen

Nicht zentral voruntersuchte Flächen werden ebenso ausgeschrieben, aber anhand qualitativer Kriterien sowie eines ergänzenden Zahlungsgebots des Bieters bezuschlagt. Die qualitativen Kriterien sind (i) der Energieertrag der Anlagen, (ii) der Abschluss eines Power Purchase Agreements (PPA), (iii) die Vereinbarkeit mit Natur- und Artenschutz und (iv) die Recyclingfähigkeit der Rotorblätter. Die Einnahmen aus den gebotenen Zahlungen fließen zu 70 Prozent in die Offshore-Netzumlage, zu 20 Prozent in den Naturschutz und zu 10 Prozent in die umweltschonende Fischerei. Die Einnahmen leisten somit einen Beitrag zur Senkung der Stromkosten und erhöhen die Akzeptanz des Ausbaus, indem Belange des Naturschutzes und der Fischerei gestärkt werden. Die Vermarktung des Stroms erfolgt über PPAs. Die Strommengen können somit als Grünstrom für die Dekarbonisierung der Industrie uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

4. Beschleunigung des Ausbaus der Offshore-Windparks und der Netzanbindungen

Die Novelle beschleunigt alle Verfahren: Die Netzanbindung wird früher vergeben, die Planungs- und Genehmigungsverfahren werden gestrafft und die Prüfungen werden gebündelt.

Konkret wird bei voruntersuchten Flächen das Planfeststellungsverfahren durch ein zügigeres Plangenehmigungsverfahren ersetzt und es werden Vorgaben zur Dauer von Verfahren zur Planfeststellung und Plangenehmigung gemacht. Umweltprüfungen und Beteiligungsrechte werden stärker gebündelt und die Offshore-Netzanbindung kann künftig direkt nach Aufnahme der Fläche in den Flächenentwicklungsplan vergeben werden. Diese Maßnahme beschleunigt die Auftragsvergabe um mehrere Jahre.

5. Stärkung der Belange der Windenergie auf See

Der Offshore-Ausbau wird (wie der EE-Ausbau an Land im EEG) in Abwägungsentscheidungen mit anderen öffentlichen Gütern gestärkt und steht künftig explizit im überragenden öffentlichen Interesse. Das Verbot des Baus von Windenergieanlagen in Schutzgebieten entfällt zugunsten einer Einzelfallprüfung, ob durch den Bau der Schutzzweck des Schutzgebiets beeinträchtigt wird. Ferner werden durch die Novelle die Nachnutzung und das Repowering von bestehenden Offshore-Windparks geregelt und Vorgaben zur Planung und Genehmigung von Wasserstoffpipelines erlassen.

Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG) und des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes Übertragungsnetz (NABEG)

1. Stärkung der Endkunden und Neustrukturierung der Grund- und Ersatzversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)

Dieser Winter hat gezeigt, dass Stromkundinnen und Stromkunden besser vor Turbulenzen auf dem Energiemarkt geschützt werden müssen. Um diese und weitere Anpassungen vorzunehmen, legt die Bundesregierung eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) vor. Zukünftig ist die planmäßige Beendigung der Energiebelieferung von Haushaltskunden der Bundesnetzagentur mindestens drei Monate im Voraus anzuzeigen und die betroffenen Kunden sind zu informieren. Die Bundesnetzagentur erhält zudem zusätzliche Aufsichtsbefugnisse gegenüber Energielieferanten. Die Ersatzversorgung und die Grundversorgung werden neu voneinander abgegrenzt. Dabei wird die preisliche Kopplung beider Instrumente auch im Segment der Haushaltskunden aufgehoben. In der Folge können die Ersatzversorgungspreise stärker die jeweils aktuellen Beschaffungskosten berücksichtigen. Damit einher gehen weitere Transparenzvorgaben im Hinblick auf die Preiszusammensetzung der Ersatzversorgung.

2. Aufnahme neuer Netzausbauprojekte in den Bundesbedarfsplan (Bundesbedarfsplangesetz)

Der Bundesbedarfsplan zum Ausbau der Übertragungsnetze wird aktualisiert. Es werden 19 neue Netzausbauvorhaben aufgenommen und 17 Netzausbauvorhaben geändert. Für die neuen und geänderten Netzausbauvorhaben wird die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der vordringliche Bedarf festgestellt.

3. Ausrichtung des Netzausbaus auf Treibhausgasneutralität und Beschleunigung (Energiewirtschaftsgesetz, Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz und Bundesbedarfsplangesetz)

Das Ziel der Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 wird unmittelbar in das Energiewirtschaftsgesetz aufgenommen und in den Verfahren der Netzplanung stärker verankert. Ziel der Netzentwicklungsplanungen wird ein Klimaneutralitätsnetz. Des Weiteren werden auch die Planungen auf Verteilernetzebene konsequent an dem Ziel eines vorausschauenden und effizienten Netzausbaus in Richtung Treibhausgasneutralität ausgerichtet. Darüber hinaus werden einige Anpassungen im Bundesbedarfsplangesetz, Energiewirtschaftsgesetz und Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz vorgenommen, um eine zügige Durchführung der Planungs- und Genehmigungsverfahren

zu fördern. So soll unter anderem in bestimmten zusätzlichen Fällen auf die Bundesfachplanung verzichtet und von Bündelungsmöglichkeiten und Vereinfachungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren verstärkt Gebrauch gemacht werden können. Zudem wird die rein elektronische Auslegung von Unterlagen eingeführt und die Durchführung von Vorarbeiten erleichtert.

Das Osterpaket wird nach dem Kabinettschluss dem Deutschen Bundestag zugeleitet und geht in einem nächsten Schritt in das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren.

Synopse zum „Osterpaket“

Synopse „Osterpaket“ – Relevanz für die Regionalplanung

Papier	Thema	wesentliche Inhalte	regionalplanerische Relevanz	Umsetzung
Eckpunktepapier Ausbau der Photovoltaik auf Freiflächen im Einklang mit landwirtschaftlicher Nutzung und Naturschutz (10.02.2022)	Erweiterung der Fördermöglichkeiten für Freiflächen-PV	- Doppel-Förderung auf LaWi-Flächen bei bis zu 15 % Einschränkung - Agri-PV grundsätzlich auf allen Acker- flächen möglich, aber Ausschluss von u.a. Grünland (bei Förderung) - Erweiterung Gebietskulisse der „benachteiligten Gebiete“ - Möglichkeit für Kommunen zu Vor- gabe naturschutzfachlicher Kriterien - Förderung einer kommunalen Angebotsplanung	nur indirekt, da förder- politische Regularien und keine raumordnerischen/ planungsrechtlichen Vor- gaben; kommunale Angebots- planung entspricht dem neuen Ziel 6	- durch entsprechende Änderungen des EEG
Eckpunktepapier Beschleunigung des natur- verträglichen Ausbaus der Windenergie an Land (04.04.2022)	Windenergie und Artenschutz	- Liste relevanter Vogelarten samt Ab- ständen und Vermeidungsmaßnahmen - Vereinfachung Repowering - Windenergie in LSG	nur indirekt: - ggfs. strenger als Landesverordnung - gilt nur für Artenschutz - entspricht im Wesentli- chen der hiesigen Vor- gehensweise	- geplante Änderung BNatSchG u.a. im „Sommerpaket“ - Leitfaden des Bundes oder der Länder Zeitpunkt offen
Gesetz zu Sofortmaßnah- men für einen beschleunig- ten Ausbau der erneuerba- ren Energien und weiteren Maßnahmen im Strom- sektor	Änderung des EEG und weiterer flankierender Gesetze	- Anhebung der Ausbauziele für 2030 und Anpassung der Ausschreibungs- mengen - Vorrang für erneuerbare Energien in der Schutzgüterabwägung - PV-Ausbau häufig auf Dächern und Freiflächen - Erweiterung der PV-Förderkulisse - keine Ausschreibungsteilnahme für Bürgerenergie-Projekte - Weiterentwicklung der finanziellen Beteiligung der Kommunen	- nur indirekt über Steige- rung der Planungsvorhaben - Erleichterung der arten- schutzrechtl. Ausnahme; ggfs. auch Argument für PV-Abweichungen - zunehmender Druck auf LaWi-Flächen - s.o. - möglicher Abbau kommunaler Vorbehalte	Gesetzentwurf

Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Zusammenhang mit dem Klimaschutz-Sofortprogramm und zu Anpassungen im Recht der Endkundenbelieferung	<p>Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (Artikel 1)</p> <p>Änderung NABEG (Artikel 7)</p> <p>Änderung BBPIG (Artikel 8)</p>	<p>- NEU: Netzausbaupläne auf Verteilnetz-Ebene ab 2024 (§ 14 d)</p> <p>Änderungen zur Verfahrensbeschleunigung, v.a. zur Öffentlichkeitsbeteiligung</p> <p>Ergänzung der Projektliste der Anlage 1</p>	<p>evt. weitere Ausbau- und Optimierungsmaßnahmen auf Hoch- und Mittelspannungsebene</p> <p>eher keine</p> <p>Nr. 88 (länderübergreifendes Vorhaben): Höchstspannungsleitung ... Würgassen – Sandershausen Ost – Bergshausen – Borken; Drehstrom Nennspannung 380 kV</p> <p>keine</p>	Gesetzentwurf
Entwurf Novelle Windenergie auf See-Ges.				Gesetzentwurf
Änderung Wasserhaushaltsgesetz	Floating-PV (ergänzter § 36(3))	nur auf max. 15 % der Wasseroberfläche künstlicher Gewässer und mind. 50 m vom Ufer bei mittlerem Wasserstand	wäre vermutl. das Aus für den Gombether See	Gesetzentwurf